Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 9 (1968)

Heft: 11

Artikel: Umstrittene Gebiete - verstreute Nationalitäten : Bessarabien zum Beispiel

Autor: Popescu, Leonida

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076539

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Umstrittene Gebiete — verstreute Nationalitäten

Bessarabien zum Beispiel

Von Leonida Popescu

Sobald und wo sich in Osteuropa der direkt oder indirekt von Moskau ausgehende politische Druck lockert, kommen, sozusagen als Begleiterscheinung der Liberalisierung, Gebiets- und Nationalitätenfragen an die Oberfläche. Ganz einfach deshalb, weil sie schon seit langem hängig sind, wenn man das auch zu Zeiten geschlossener Kontrolle vergessen mag. Man hat das jetzt wieder in der CSSR gesehen. Die Demokratisierung war für die Gesamtheit der Staatsbürger gemeint; aber sie wurde sogleich als Gelegenheit für nationale, regionale und ethnische Autonomie-Ansprüche verstanden. Gleich nach den Slowaken meldeten sich schon die Minderheiten der Ungarn, Ukrainer usw. (siehe KB, Nr. 7). Man mag das angesichts der gerade jetzt wünschbaren nationalen Einheit schade finden, aber anscheinend ist es unvermeidbar.

In unserem heutigen Beitrag ist von Bessarabien die Rede, einem zwischen Rumänien und der UdSSR strittigen Gebiet. Unser rumänischer Korrespondent zeichnet hier die historische Einbettung eines Streitfalles, der demnächst wieder zu einem akuten Politikum werden kann.

Der gute alte Kudela rühmte sich seines Lebenslaufes: «In der Habsburger Monarchie habe ich das Tageslicht erblickt, meine Schulen habe ich in der Tschechoslowakei absolviert, in Ungarn habe ich geheiratet, und meine Kinder sind in der Sowjetunion geboren.»

«Da sind Sie ja ein weitgereister Mensch!»

«Aber wo, nie in meinem Leben habe ich meine Heimatstadt Munkacewo verlassen!»

In Südosteuropa gibt es Millionen Kudelas. Die Wogen der Geschichte rissen sie mit ihrem Stückchen Boden, mit ihren schlichten, kleinen Lehm- und Holzhäuschen in den Wäldern der Karpaten, auf den kahlen Hügeln der Dobrudscha, an den Ufern der Pruth oder des Dnjester bald in das eine, bald in das andere Land. Die Kudelas selbst wurden nie gefragt, wohin sie gehören wollten, welche Staatsbürgerschaft sie eigentlich haben möchten. Glücklich waren noch diejenigen, die wenigstens in ihrem Heimatort verbleiben konnten und von den historischen Ereignissen nicht auch selbst in fremde Gegenden vertrieben wurden.

Seit vielen Jahrhunderten war Südosteuropa ein Puffergebiet im Kampf der Grossmächte, und das Schicksal der hier lebenden zahlreichen kleinen Völker war jeweils von diesem Machtkampf abhängig. In unserem Jahrhundert bestimmte der Zerfall der Habsburger Monarchie und das Entstehen der Sowjetunion die grundlegenden jüngsten Aenderungen. Nach dem Ersten Weltkrieg wurden jedoch die früheren Ungerechtigkeiten — im Rausch des Sieges — durch neue ersetzt. Während des Zweiten Weltkrieges waren diese Gebiete Gegenstand eines Kuhhandels zwischen Hitler und Stalin. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde hier laut den Vereinbarungen in Teheran, Jalta und Potsdam der Sowjetunion uneingeschränkter Einfluss gewährt.

Ein Niemandsland ...

Von den vielfältigen Problemen der hier lebenden Nationalitäten lässt sich heute in Europa wenig hören. Grössere und dringendere Probleme benötigen volle Aufmerksamkeit. Doch die ungelösten Probleme dieser Gebiete der hier lebenden Nationalitäten bestehen nach wie vor.

Worum handelt es sich eigentlich? Vielleicht sollten wir zuerst das Problem Bessarabien von näher betrachten. Es ist um so interessanter, als in der letzten Zeit, nach dem Ausbruch des Konfliktes Moskau-Peking, Rumänien sofort die Gelegenheit ergriffen hat (vorläufig noch nur mit kleinen, gutsitzenden Nadelstichen), Moskau verstehen zu lassen, Bessarabien sei trotz der «ewigen» Brüderlichkeit und Freundschaft der sozialistischen Länder nicht vergessen.

Bessarabien, ein kulturell rückständiges, landwirtschaftliches Gebiet zwischen den Flüssen Pruth und Dnjester, etwa so gross wie die Schweiz, kann eigentlich keine selbständige Geschichte aufweisen. In den Jahrhunderten der Völkerwanderung war es das Durchzugsgebiet fast aller aus Asien kommenden Volksstämme. Im frühen Mittelalter war es Niemandsland. Als im 13. Jahrhundert unter ungarischer Souveränität das moldauische Fürstentum gegründet wurde, dehnten die moldauischen Fürsten allmählich ihre Herrschaft auf Nordbessarabien aus. Der südliche Teil Bessarabiens geriet unter die Herrschaft der Fürsten der Walachei.

... wird rumänisch und russisch

Durch das Vordringen der Türken auf dem Balkan im 15. und 16. Jahrhundert gerieten die Moldau und die Walachei unter türkische Herrschaft. Aber auch Russland näherte sich allmählich diesem Gebiet. 1711 schloss in Jaroslaw der moldauische Fürst Dimitrie Cantemir mit Zar Peter dem Grossen einen Freundschaftsvertrag, durch den die Grenze zwischen Russland und der Moldau am Dnjester festgelegt wurde: Bessarabien wurde also eindeutig als moldauisches (rumänisches) Gebiet anerkannt.

Im grossen Ringen der Russen und Türken wurden die beiden rumänischen Fürstentümer (Moldau und Walachei) fast ständiger Kriegsschauplatz. Die beiden Grossmächte einigten sich schliesslich 1812. Im Bukarester Friedensvertrag verzichteten die Russen auf die Moldau und Walachei, erhielten jedoch von den Türken Bessarabien! Die russische Grenze rückte weiter nach Westen bis an den Pruth. Als in der Mitte des 19. Jahrhunderts sich die beiden rumänischen Fürstentümer einigten und unter der Krone der Hohenzoller-Sigmaringen das Königreich Rumänien gründeten, gelang es ihnen schliesslich mit russischer Hilfe, die Türken endgültig aus ihrem Lande zu vertreiben. Im Friedensvertrag von San Stefano wurde 1878 die Unabhängigkeit Rumäniens endgültig anerkannt. Als Preis ihrer Hilfe behielten die Russen jedoch Bessarabien für sich.

Nach der Oktoberrevolution an Rumänien ...

Eine neue Wende in der Geschichte Bessarabiens brachte 1917 die Oktoberrevolution in Russland. Die Bessarabier begannen eine rege Aktivität: Am 2. Dezember 1917 beschloss der einberufene Bessarabische Landrat einstimmig die Gründung einer «Moldauischen Demokratischen Republik». (Von den 150 Abgeordneten waren 105 Moldauer-Rumänen, 15 Ukrainer, 7 Russen, 14 Juden, 9 verschiedene.) Am 5. Januar 1918 drangen russisch-kommunistische Truppen in Bessarabien ein und lösten den Landrat auf. Viele seiner Mitglieder wurden verhaftet und hingerichtet. Die Bessarabier, deren Mehrheit bis dahin sich dem Einrücken rumänischer Truppen lebhaft widersetzt hatte, riefen nun die Rumänen zu Hilfe. Am 13. Januar 1918 drangen die rumänischen Truppen in Bessarabien ein. Der wiederhergestellte Bessarabische Landrat rief am 24. Januar 1918 die «Unabhängige Moldauische Republik» aus, die jedoch von den Rumänen nicht anerkannt wurde. Eine neue Abstimmung des Landrates in der Gegenwart der rumänischen Armee beschloss den Anschluss an Rumänien (86 Stimmen dafür, 3 dagegen, 36 Stimmenthaltungen). Bessarabien wurde dem rumänischen Königreich eingegliedert.

... und auf Grund des Hitler-Stalin-Paktes bis heute an die UdSSR

Auf Grund des Abkommens zwischen Hitler und Stalin nahm die Sowjetunion am 28. Juni 1940 Bessarabien wieder in ihren Besitz. Als Hitler die Sowjetunion ein Jahr später angriff, traten die Rumänen an die Seite Hitlers in den Krieg und «befreiten» Bessarabien. Drei Jahre später, nach dem Zusammenbruch der Ostfront, «befreiten» wiederum die Sowjets Bessarabien, das bis heute in der Sowjetunion verblieb.

Soviel in ganz groben Zügen über die Geschichte dieses Gebietes. Die Einwohner Bessarabiens waren seit dem Mittelalter zweifelsohne in überwältigender Mehrheit Moldauer, d. h. Rumänen. (Die Russen trachten mit der Betonung des Begriffes «Moldauer» den Eindruck zu erzielen, als ob es ein von den Rumänen unterschiedliches moldauisches Volk gebe. Doch sind die Moldauer diesseits und auch jenseits des Dnjester im Grunde genommen von den Rumänen ethnisch nicht zu unterscheiden, wenn sie auch im gegebenen Falle (1918) eine Unabhängigkeit gegenüber der Eingliederung in Rumänien vorzuziehen schienen.

Bevölkerungsverschiebungen mit Nachhilfe

Russen haben sich erst nach 1812 in Bessarabien niedergelassen. Obwohl weder die russischen noch die rumänischen Statistiken sehr zuverlässig sind, kann man annehmen, dass 1941 von den

rund drei Millionen Einwohnern Bessarabiens etwa 66 Prozent Rumänen, 16 Prozent Ukrainer, 6 Prozent Russen und 10 Prozent Juden waren. (Die Zahl der Juden ist damit zu erklären, dass im 19. Jahrhundert Bessarabien die einzige russische «Goubernie» war, in der sich die Juden in den Städten niederlassen durften. Ihre Zahl erreichte 1941 etwa 300 000. Nach dem Einmarsch der rumänischen und deutschen Truppen 1941 überlebten von ihnen nur 6882 die Pogrome und Deportationen.)

Die wechselnden politischen Verhältnisse Bessarabiens übten natürlich eine gewaltsame Veränderung auf die Zahl und Zusammensetzung der Bevölkerung aus. 1812 begann die Bevölkerung, massenweise aus Bessarabien nach Rumänien zu flüchten, da sie die Einführung der damals in Russland noch bestehenden Leibeigenschaft und des 25jährigen (!) Militärdienstes befürchteten. Anderseits wurde die an Ort und Stelle gebliebene Bevölkerung zielbewusst durch Schule, Kirche, Justiz, Militärdienst, durch Umsiedlungen und Ansiedlungen russifiziert. Ausser den üblichen einzelnen und kollektiven administrativen Verbannungen kam es auch zu freiwilligen Umsiedlungen. Den bessarabischen Bauern wurden 50 bis 100 Hektare Land pro Familie, Steuerfreiheit und kostenlose Fahrt in neue Siedlungsgebiete angeboten. Es ist schwer, die Zahl derer zu ermitteln, die auf diese Weise nach Sibirien, dem Kaukasus und nach Turkestan umgesiedelt sind; in das Gebiet östlich des Dnjester wurden etwa 200 000 bessarabische (rumänische) Bauern umgesiedelt.

Moldauisches Mädchen in der Tracht. Das Brauchtum wird gepflegt im Sinne einer moldauischen eigenen Tradition, die mit Rumänien nichts zu tun hat.

Die Methoden, denen sich nach dem Zweiten Weltkrieg die Kommunisten bedienten, liessen sich von den zaristischen nicht sehr unterscheiden. Nebst administrativer Verbannung und freiwilliger Umsiedlung kamen jedoch die Massendeportationen hinzu — eine neue, kommunistische Errungenschaft. All diejenigen, die unter Verdacht standen, den rumänischen Behörden gedient zu haben oder ihnen gegenüber freundschaftlich eingestellt gewesen zu sein, wurden deportiert. Ausserdem kam es im Jahre 1955 zu einer grösseren «freiwilligen» Umsiedlung. Die offizielle Zeitung der Moldauischen SSR, «Sovietskaya Moldavia», veröffentlichte das sowjetische Dekret vom 31. März 1955:

Ein Dekret von 1955: Was heisst «freiwillig?»

«Die Hauptverwaltung der Umsiedlung der organisierten Werbung der Arbeiter bei dem Ministersowjet der Moldauischen SSR führt eine planifizierte Umsiedlung aus der SSR Moldau in die Regierungsbezirke der RSFSR Astrachan und Rostow und in den Bezirk der Kasakischen SSR Pawlodarsk durch. Den Bürgern, die bereit sind, umzusiedeln, wird kostenlose Fahrt zum Ort der Siedlung angeboten, ebenfalls der Transport des Vermögens bis zu zwei Tonnen je Familie; die Regierung gibt eine einmalige Geldbeihilfe von 500 bis 800 Rubel je Familie und 150 bis 300 Rubel je Mitglied der Familie; am Ort der neuen Siedlung sind die Umsiedler von den Kolchosesteuern und von den obligatorischen Abgaben in Produkten auf zwei Jahre befreit. Verpflegung wird gestellt.

Den Umsiedlern wird ein langfristiger Kredit für den Bau der Häuser und Wirtschaftsgebäude mit einer zehnjährigen Tilgung und mit einer dreijährigen Tilgung für Viehbeschaffung angeboten.

Die Umsiedlung wird aus den folgenden Kreisen durchgeführt: Atachi, Balti, Tighina, Braviceni, Briceni, Glodeni, Drochia, Edineti, Zgunita, Calarasi, Carpineti, Chisinau, Hancesti, Conjeni, Ochita, Nisporeni, Rezina, Soroca, Straseni, Susleni, Tarnova.

Zwecks Gesuchs wende man sich an die ausführenden Kreiskomitees und an den Kreisbevollmächtigten der Umsiedlung und der Organisierung der Arbeit.»

Die moderne Umsiedlung heisst «Kaderpolitik»

Natürlich ist es schwer, festzustellen inwiefern die «Freiwilligkeit» respektiert wurde und wie viele Rumänen dieser Massnahme zum Opfer fielen.

Jedoch gibt es in einem totalitären Staat auch andere Massnahmen, die es ermöglichen, den erwünschten Austausch der Bevölkerung ohne Aufsehen zu verwirklichen. Im Sozialismus ist der Staat selbst der einzige Arbeitgeber. So verfügt er über unbeschränkte Möglichkeiten, in seiner Kaderpolitik die gewünschten Wirkungen zu erreichen. Auch in Bessarabien geht die Industrialisierung vorwärts, die neuen Betriebe werden jedoch in der grossen Mehrzahl von Ingenieuren, Technikern und Arbeitern aus anderen Gebieten belegt. Zur selben Zeit werden die in der bessarabischen Landwirtschaft überflüssigen Arbeitskräfte in andere Gebiete der riesigen Sowjetunion in die Industrie versetzt. Mit einer gut durchdachten und unauffällig durchgeführten Kaderpolitik wird so das Verstreuen der Nationalitäten von Jahr zu Jahr zielbewusst durchgeführt. Besonders seit 1965, als die Haltung der rumänischen Kommunisten Moskau gegenüber zweideutiger wurde, hat sich diese Tätigkeit jenseits der rumänischen Grenze beträchtlich aktiviert. Es kam zu massenhaften Versetzungen der bessarabischen Werktätigen in entfernte Gebiete, besonders bei den Eisenbahnern und Postangestellten, in den Bank- und Versicherungsanstalten, in der Staatsverwaltung und bei jenen Betrieben und Institutionen, die einer direkten Moskauer Verwaltung untergeordnet sind. Dieser Personalaustausch wird stufenweise in grösster Stille durchgeführt.

Die rumänische KP macht neue Geschichtsschreibung

Zum Schluss ist noch die Stellungnahme der rumänischen Kommunistischen Partei in der Bessarabien-Frage zu erwähnen.

Die 1921 gegründete rumänische Kommunistische Partei war die kleinste und unbedeutendste Partei der heutigen Ostblockstaaten. Bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges konnte sie nicht mehr als 1000 Mitglieder aufweisen, aber auch diese tausend waren in der Mehrzahl Bessarabier, Ungarn und Juden. Die Abneigung der Rumänen der kommunistischen Bewegung gegenüber liess sich damals eben mit der Stellungnahme der rumänischen KP in der Frage der Nationalitäten, in der Frage Bessarabiens und Siebenbürgens erklären. Die bessarabischen Kommunisten waren mit der Eingliederung Bessarabiens in Rumänien nicht einverstanden und kämpften für die Rückkehr Bessarabiens zu Russland. Die rumänische KP befürwortete damals «das Selbstbestimmungsrecht der nationalen Minderheiten in Rumänien bis zur Sezession aus dem gegenwärtigen Staat». Deshalb konnte die rumänische KP im industriell unterentwickelten Rumänien keine Sympathie in der auf ihre nationalen Errungenschaften stolze Bevölkerung erwecken. Am Anfang der zwanziger Jahre organisierte und unterstützte die Kommunistische Partei den Aufstand der Bevölkerung in Bessarabien in der Gegend von Tatar-Bunar, welche die Rückkehr zu Russland forderte. Dieser Aufstand war einer der Gründe des Verbotes der KP, und die Kommunisten wurden als Verräter des Vaterlandes betrachtet.

Nach dem Zweiten Weltkrieg schwieg natürlich die Partei über die Bessarabien-Frage. Es galt

(Fortsetzung auf Seite 11)

er sich deswegen keine Sorgen gemacht habe. Er antwortete: «Wir können das nicht verhindern.»

Auch Vietcong-Minen, die auf die Strasse gelegt werden, wissen nicht, ob das nächste Fahrzeug Soldaten oder Kinder mit sich führen wird. Ihre Aufgabe ist es, funktionsfähige Strukturen zu verhindern, zu denen der Strassenverkehr gehört.

Indessen ist der typische Vietcong-Terror immer noch etwas anderes, nämlich gezielte Schläge gegen Feinde und Verräter (immer nach Vietcong-Auffassung) in der Bevölkerung und, was sich vor allem verheerend auswirkt, gegen die gebildete Schicht des Landes überhaupt.

Systematisch werden die zivilen Kader auf allen Stufen anvisiert. Wer dank Ansehen, Alter, Urteilsfähigkeit, Ausbildung oder Ueberzeugungskraft eine Wirkung auf Mitbürger ausübt, ist Zielscheibe der Terroristen, vom Dorfältesten über Offiziere, Beamte, Lehrer und Journalisten bis zu den Politikern.

Man muss sich nun vorstellen, was das im Laufe von neun Jahren bedeutet. Es bedeutet, dass vom kleinsten Dorf bis zur Hauptstadt die fähigsten Elemente der Bevölkerung systematisch dezimiert worden sind und weiter dezimiert werden. Schon jetzt hat sich aus diesem Terror in Südvietnam ein Substanzverlust ergeben, der erst in ein bis zwei Generationen wettgemacht werden kann. Gerade diese Schicht ist in ihrer Gesamtheit das Opfer, die in allen Entwicklungsländern von entscheidender Bedeutung ist, die in allen Entwicklungsländern ohnehin schon so schmal ist, dass viele Schwierigkeiten im Wirtschaftsaufbau auf ihr quantitatives Ungenügen zurückzuführen sind. Es ist schlicht und einfach ein Ausrottungsfeldzug, den der Vietcong parallel zu seinen Kriegshandlungen betreibt.

Die rund 2000 zivilen Opfer pro Monat zeigen, wie gründlich die Liquidation der natürlichen Autoritätsträger durchgeführt wird. Vom Vietcong werden alle diese Personen, vom kleinsten Dorfbeamten an, als «Tyrannen» bezeichnet. «Der Plan zur Ausschaltung der Tyrannen muss sehr sorgfältig ausgearbeitet werden», heisst es in einem Vietcong-Dokument. «Die zu eliminierenden Personen müssen in allen Einzelheiten überprüft werden.»

Die Hinrichtungen, die der Vietcong in Hué vorgenommen hat, sind bekannt geworden. Aber im ganzen Land wurden und werden jeden Tag «Tyrannen» oder «Verräter» hingerichtet. Das gehört zum Alltag. Und wo man der gesuchten Personen nicht habhaft wird, haben häufig deren Familienangehörige zu büssen. Jedesmal, wenn die Vietcong ein Dorf wieder besetzen, wird eruiert, wer sich in der Zwischenzeit feindliches Verhalten zuschulden kommen liess. Dann werden die Betreffenden umgebracht. Häufig übrigens mit grausamer Umständlichkeit. Ja. Und dann argumentiert man im Westen scharf, wenn die Bevölkerung den Vietcong nicht wollte, würde sie das doch durch ihr Verhalten beweisen.

Zum Terror gehört als sinngemässe Ergänzung die Zwangsrekrutierung der Landesjugend zum Vietcong. Die Nationale Befreiungsarmee hebt bereits 12jährige Buben für ihre kombattanten Truppen aus. Wenn sie fallen, sind die Amerikaner Kindermörder. Ja, wer war eigentlich der Mörder der Kindersoldaten, die seinerzeit Hitler an die Front schickte? ■

Aus tschechoslowakischer Sicht:

«Die Illusionen der Linksintellektuellen»

Die Prager Zeitschrift «Student» veröffentlichte jetzt von Ivan Svitak einen Beitrag, der 1967 verfasst worden war, aber damals nicht veröffentlicht werden konnte. Ihm entnehmen wir die folgenden Auszüge:

Die Konflikte in der ideellen Entwicklung der Tschechoslowakei seit dem Jahre 1948 zeichneten sich dadurch aus, dass sie sich in dieser Eigenschaft nicht äusserten. Es handelte sich lediglich um ideologische Tarnungen von Machtkonflikten, denen Ideologen und Künstler eine pseudoobjektive Gestalt verliehen. Machtkampfreflexe und Gedankenkonflikte aber gehören verschiedenen Kategorien an.

Ideenkonflikte gab es mit Ausnahme des Zwischenspiels von 1956/57 lediglich im Untergrund, wogegen die Jahre 1945 bis 1948 eine offene Szene von Ideenkonflikten gewesen waren. Die nur scheinbaren Ideenkonflikte, in Wirklichkeit ideologische Reflexe des Machtkampfes, waren einer Politik unterworfen, die völlige Totalisierung der Gesellschaft und Streben nach Kulturmonopol bedeutete. Insbesondere in den letzten Jahren sank das ideelle Niveau tiefer ab als das Lebensniveau.

Die Quellen echter Ideenkonflikte liegen nicht in der Wertung der fünfziger Jahre und im «Personenkult», sondern in den dreissiger Jahren, als sich der Stalinismus als Machtsystem etablierte. Die ideell produktiven Fragen gehen darauf zurück, dass bis auf wenige Ausnahmen die europäischen Intellektuellen unfähig waren, den illusionären Charakter ihrer Vorstellungen über die UdSSR zu durchschauen und die Realität des Stalinismus ohne Aberglauben und Illusion zu erfassen.

Auch in der CSSR teilten die besten Vertreter der linksorientierten Kultur diese Illusionen. Sie waren noch nach 1945 fest davon überzeugt, dass es in der CSSR nicht zur Abschaffung der staatsbürgerlichen Freiheiten und demokratischen Traditionen kommen werde. Die Moskauer Prozesse, ihre Vorbereitung und Konsequenzen, schienen ihnen eine rein sowjetische Spezialität auf Grund der schwach entwickelten Tradition jenes Landes.

Für diese Illusion der Linksintellektuellen haben das tschechische und das slowakische Volk wie übrigens auch die ursprünglichen Träger dieser Illusionen schwer bezahlen müssen.

Die Entwicklung in der CSSR nach 1948 war lediglich ein Machtpostskriptum hinter eine ideelle Katastrophe, die sich in der UdSSR in der Zeit der Moskauer Prozesse abgespielt hatte. Sie war die Konsequenz des Schismas zwischen der europäischen linksorientierten Intelligenz und dem Sowjetstaat. Die Institutionen waren stärker als die Menschen und Ideen. Gerade die ideologischen Konflikte stecken unter anderem im Institutionalismus des Marxismus. Der institutionalisierte Marxismus in stalinistischer Form ist eine Verfälschung des Marxismus, eine ideologische Waffe der Manipulatoren der Macht.

Die ideologischen Zerwürfnisse waren immer Duelle zwischen verschiedenen Sekten ein und derselben Richtung des institutionalisierten Marxismus, Streitigkeiten von Sekten, die einander darin zu übertreffen suchten, ihr Kultur- und Machtmonopol zu festigen, und keineswegs bestrebt waren, es abzuschaffen.

Die Streitigkeiten trugen einen lokal provinziellen Charakter und waren eine leicht retardierte Reproduktion der sowjetischen ideologischen Entwicklung, einschliesslich der infamsten antisemitischen Progrome, die sich in Europa seit der Dreyfus-Affäre abgespielt hatten. Dreyfus wurde nicht hingerichtet, zehn führende Juden im tschechoslowakischen Machtapparat hingegen wurden hingerichtet. Die ideologischen Streitigkeiten standen im Gegensatz zur ganzen bisherigen Tradition eines europäischen Staates, im Gegensatz zur humanistischen Entwicklung.

Diese Streitigkeiten wurden von der Machtelite der totalitären Diktatur geleitet, die den Kreislauf von Eliten nicht kennt und ohne Rechenschaftsabgabe regiert ... ■

Bessarabien

(Fortsetzung von Seite 5)

als selbstverständlich, dass der «grosse Bruder» Bessarabien einverleibt hatte. In dem Mass jedoch, wie die Rumänen sich von Moskau distanzieren können, wächst auch das Interesse für Bessarabien. Unlängst wurden demonstrativ bisher nicht ins Rumänische übersetzte Schriften von Karl Marx veröffentlicht, in denen Marx das vandalische Eindringen der Russen in Rumänien zur Zeit der Türkenkriege verurteilte. Die seit der kommunistischen Machtergreifung schon zum zweitenmal neugeschriebene «Geschichte Rumäniens» lässt klar erkennen, dass die heutigen rumänischen Kommunisten auf Bessarabien nicht verzichtet haben. Sie warten nur auf den geeigneten Augenblick, ihre Ansprüche geltend zu machen. ■

Kybernetik

(Fortsetzung von Seite 9)

damit der Kybernetik, dem Computer ausgeliefert. An die Stelle des frei bestimmenden Menschen tritt die planbare, gesteuerte Freiheit des Menschen. Nicht mehr wir bestimmen die Technik, sondern die Technik bestimmt uns. Die rasante Entwicklung — so beendet Heidegger diese Ausführungen pessimistisch — wird uns daran hindern, sie in die Hände zu bekommen.»

Solche Ansichten oder Diagnosen sind nach marxistisch-leninistischer Auffassung ein Versuch, die fundamentale Frage der Philosophie zu umgehen und den «berüchtigten dritten Weg» zu begründen, mit dessen Hilfe man die Auseinandersetzung zwischen Materialismus und Idealismus entschärfen wolle.

(Schluss folgt)